

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	19
B. Individualarbeitsrechtliche Aspekte	23
I. Anbahnung des Arbeitsverhältnisses: Sprachanforderungen bei der Einstellung als Diskriminierung	23
1. Einordnung des AGG in das System der Rechtsquellen	24
a) Völkerrecht	25
b) Europarecht	26
c) Deutsches Verfassungsrecht	29
d) Zwischenergebnis	30
2. Sprachanforderungen als Einstellungsvoraussetzung	31
a) Benachteiligung wegen der ethnischen Herkunft	32
aa) Begriff der ethnischen Herkunft	32
bb) Abgrenzung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Benachteiligung	33
cc) Sprachanforderungen als mittelbare Benachteiligung	35
dd) Erfordernis einer bestimmten Muttersprache oder akzentloser Aus- sprache als unmittelbare Benachteiligung	40
ee) Zwischenergebnis	42
b) Benachteiligung wegen einer Behinderung?	42
c) Rechtfertigung	43
aa) Mittelbare Diskriminierungen	44
bb) Unmittelbare Diskriminierungen	48
cc) Zwischenergebnis	49
d) Rechtsfolgen einer Diskriminierung	50
3. Schlussfolgerungen für das Bewerbungsverfahren	53
a) Stellenausschreibung	53
b) Vorstellungsgespräch und Datenerhebungen über Sprachkenntnisse	56
c) Sprachtests	59
d) Einstellungsentscheidung und Absage	60
4. Fazit	61
II. Begründung des Arbeitsverhältnisses: Verhandlungs- und Vertragssprache	62
1. Anwendbares Recht und Sprache	62

2. Wahl der Vertragssprache	64
a) Freie Wahl der Vertragssprache	65
b) Vertragssprachenzwang als Verstoß gegen das Unionsrecht	67
c) Rechtsfolgen der Wahl der Vertragssprache	69
d) Vertragliche Sprachvereinbarungen	70
aa) Zustandekommen	70
bb) Rechtsfolgen	71
cc) Abänderung und Aufhebung	74
e) Sprache des Arbeitsnachweises	74
f) Zwischenergebnis	78
3. Das allgemeine Sprachrisiko bei Abschluss des Arbeitsvertrags	78
a) Zugang unverständener Willenserklärungen	79
aa) Zugang verkörperter Willenserklärungen	80
bb) Anwendung auf verkörperte Willenserklärungen gegenüber Sprachunkundigen	82
cc) Zugang unverkörperter Willenserklärungen	87
dd) Anwendung auf unverkörperte Willenserklärungen gegenüber Sprachunkundigen	89
ee) Zwischenergebnis	91
b) Bildung und Äußerung fremdsprachiger Willenserklärungen	92
aa) Erklärungsbewusstsein	93
bb) Folge fehlenden Erklärungsbewusstseins	94
cc) Geschäftswille	97
dd) Abgabe	98
c) Auslegung fremdsprachiger Willenserklärungen	99
aa) Auslegungsgrundsätze	100
bb) Empirische Auslegung	101
cc) Normative Auslegung	103
dd) Auslegungs- und Erklärendensorgfalt bei erkennbaren Sprachbarrieren	104
ee) Besonderheiten bei der Auslegung fremdsprachiger Rechtsbegriffe	108
ff) Auslegung mehrsprachiger Erklärungen	111
gg) Zwischenergebnis	112
d) Konsensbildung und Dissens bei Verständigungsschwierigkeiten	113
aa) Scheitern des Konsenses an Sprachproblemen	113
bb) Spezialfall: Disparitätsdissens	115
cc) Spezialfall: Mehrdeutigkeitsdissens	118
dd) Scheinkonsens bei Vertragstexten in zwei Sprachversionen	118
ee) Zwischenergebnis	119

e)	Anfechtung bei sprachbedingten Irrtümern, Täuschungen und Drohungen	120
aa)	Inhaltsirrtum	121
bb)	Erklärungsirrtum	126
cc)	Rechtsfolgen- und Motivirrtum	127
dd)	Übermittlungsirrtum	129
ee)	Arglistige Täuschung	130
ff)	Drohung	135
gg)	Anfechtungsfrist und -erklärung	136
hh)	Rechtsfolgen der Anfechtung	139
f)	Fremdsprache als Formproblem?	141
g)	Schlussfolgerungen für das Sprachrisiko bei Abschluss des Arbeitsvertrags	142
4.	Das Sprachrisiko bei Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	144
a)	Einfluss der EU-Klauselrichtlinie auf die Sprache der AGB	145
b)	Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen im Arbeitsrecht gegenüber Sprachunkundigen	146
aa)	Einbeziehung unverstandener Allgemeiner Geschäftsbedingungen	147
bb)	Einbeziehung sprachlich überraschender Klauseln	153
c)	Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen zugunsten Sprachunkundiger	157
aa)	Sprachliches Transparenzgebot	157
bb)	Korrektur durch die den Vertragsschluss begleitenden Umstände?	160
cc)	Auslegung: Berücksichtigung sprachbedingter Missverständnisse?	165
dd)	Missbrauchskontrolle gegenüber sprachunkundigen Arbeitnehmern	167
d)	Zwischenergebnis	169
5.	Fazit	169
III.	Durchführung des Arbeitsverhältnisses: Arbeits- und Leistungssprache	170
1.	Regelung der Arbeits- und Leistungssprache	170
a)	Vertragliche Regelung	171
b)	Bestimmung durch Weisung	174
c)	Exkurs: Sprache der Arbeitsanweisungen	176
d)	Diskriminierungsrechtliche Schranken	178
e)	Instrumente zur Änderung der Arbeitssprache	179
f)	Zwischenergebnis	182
2.	Fortbildung der Sprachkenntnisse	183
a)	Weiterbildungspflicht des Arbeitnehmers	183
aa)	Gesetzliche Rechtsgrundlagen	183
bb)	Vertragliche Fortbildungsvereinbarungen	185

cc)	Weiterbildung als Nebenleistungspflicht	186
dd)	Umfang der Weiterbildungspflicht	187
ee)	Aufforderung zur sprachlichen Weiterbildung als ethnische Diskriminierung	190
ff)	Zwischenergebnis	191
b)	Weiterbildungsanspruch des Arbeitnehmers	191
aa)	Gesetzliche Rechtsgrundlagen	192
bb)	Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen	193
cc)	Vertragliche Fortbildungsvereinbarungen	193
dd)	Ungeschriebene Weiterbildungsansprüche	196
ee)	Zeit und Ort der Weiterbildung	198
ff)	Zwischenergebnis	198
3.	Fazit	199
IV.	Beendigung des Arbeitsverhältnisses: Folgen mangelnder Sprachkenntnisse	199
1.	Ordentliche Kündigung nach dem KSchG	200
a)	Kündigungsgründe	200
aa)	Abgrenzung der gesetzlichen Kündigungsgründe	201
bb)	Verweigern der vom Arbeitgeber geforderten Arbeitssprache	204
cc)	Fehlen der vereinbarten Sprachkenntnisse	205
dd)	Sprachdefizit nach Änderung der Leistungssprache	207
ee)	Zwischenergebnis	212
b)	Diskriminierungsrechtliche Schranken	213
aa)	Anwendbarkeit des AGG auf Kündigungen	213
bb)	Sprachdiskriminierende Kündigungen	215
cc)	Zwischenergebnis	218
c)	Vorrangige mildere Mittel	218
aa)	Abmahnung	219
bb)	Weiterbeschäftigung	221
cc)	Fortbildungsmaßnahmen	223
dd)	Änderungskündigung	227
d)	Sozialauswahl	228
aa)	Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer in sprachlicher Hinsicht	228
bb)	Sprachkenner als Leistungsträger?	230
2.	Ordentliche Kündigung außerhalb des Anwendungsbereichs des KSchG	233
3.	Außerordentliche Kündigung	235
4.	Willenserklärungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	236

a) Kündigungserklärung	237
b) Abmahnungserklärung	239
c) Aufhebungsvertrag	241
d) Ausgleichsquittung und Klageverzicht	242
e) Arbeitszeugnis	245
5. Fazit	246
C. Betriebsverfassungsrechtliche Aspekte	248
I. Gremiensprache bei der Betriebsratsarbeit	248
1. Interne Betriebsratsarbeit	248
a) Gremiensprache bei der internen Betriebsratsarbeit	249
b) Ansprüche auf sprachliche Hilfsmittel	249
aa) Grundsätze der Kostentragung für die interne Verständigung	249
bb) Dolmetscher und Übersetzungen für Betriebsratssitzungen und andere interne Arbeit	253
cc) Fachliteratur und Gesetzestexte	256
dd) Verfahren der Geltendmachung	257
2. Kommunikation mit dem Arbeitgeber	259
a) Sprache der Verständigung	260
b) Unterrichtungspflichten des Arbeitgebers	261
c) Sonstige Kommunikation	263
3. Fremdsprachige Schulungen und Sprachkurse für Betriebsratsmitglieder	264
a) Bilinguale oder fremdsprachige Betriebsratsschulungen	264
b) Sprachkurse für Betriebsratsmitglieder	267
4. Besonderheiten in der internationalen Zusammenarbeit	271
a) Europäischer Betriebsrat	272
b) Kontakte mit ausländischen Arbeitnehmervertretungen	275
5. Fazit	276
II. Interaktion mit fremdsprachigen Arbeitnehmern	276
1. Unterrichtung vor Betriebsratswahlen	276
a) Erfasste Arbeitnehmer	277
b) Mangelnde Sprachkenntnisse	278
c) Inhalte der Unterrichtung	280
d) Form und Kosten der Unterrichtung	280
e) Rechtsfolge eines Verstoßes	283
2. Betriebsversammlungen	286
3. Sprechstunden und andere Formen der Kommunikation	290

III. Aufgabe und Befugnis des Betriebsrats zur Integration fremdsprachiger Arbeitnehmer	292
IV. Betriebliche Sprachregelungen	294
1. Zulässigkeit	295
a) Gesetzliche oder tarifliche Regelungen zur Betriebssprache	296
b) Diskriminierungsrechtliche Schranken	296
c) Persönlichkeitsrecht der Arbeitnehmer	298
d) Verhältnis zu individualrechtlichen Regelungen	298
2. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	299
a) Mitbestimmungsrecht aus § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	299
aa) Unterscheidung zwischen Arbeits- und Ordnungsverhalten	300
bb) Einordnung betrieblicher Sprachregelungen	301
b) Betriebsänderung gem. § 111 BetrVG?	303
c) Mitbestimmungsrecht aus § 97 Abs. 2 BetrVG	305
d) Zwischenergebnis	305
3. Zuständigkeit	305
4. Fazit	307
D. Zusammenfassung und Ausblick	308
Literaturverzeichnis	312
Sachwortverzeichnis	338